

Gastrobetriebe im Kanton Bern «Grüsel» nicht an Pranger stellen

Im Kanton Bern werden Restaurants, die wiederholt oder gravierend die Hygienevorschriften verletzen, nicht publik gemacht. Wie der Regierungsrat lehnt der Grosse Rat die Forderung aus den Reihen der SP ab.

Die beiden Jungpolitiker Patric Bhend (SP-Juso, Thun) und Nadine Masshardt (SP-Juso, Langenthal) waren gestern im Grossen Rat chancenlos. Ihre Motion «Publikation der «Grüsel» in der Lebensmittelbranche» wurde mit 115 gegen 12 Stimmen klar bachab geschickt.

Bhend und Masshardt forderten, dass Gastgewerbebetriebe, die wiederholt oder gravierend gegen die Hygienevorschriften verstossen, publik gemacht werden. Sie begründeten ihren Vorstoss damit, das es Berner Restaurants gebe, in denen ein Besuch die Gesundheit gefährde. Im vergangenen Jahr machten die Lebensmittelkontrolleure in 512 Gastwirtschaftsbetrieben 1848 Stichproben. 12 davon wurden als gesundheitsgefährdend eingestuft; 645 Proben wurden beanstandet.

Angesichts dieser Zahlen sei die Situation nicht so undramatisch, wie sie der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Motion darstelle, sagte Bhend. Der heutige Zustand sei sowohl für die sauber arbeitenden Wirte als auch für die Konsumenten unbefriedigend. Erstere stünden unter Generalverdacht, und Letztere wüssten nicht, woran sie beim Besuch eines Restaurants seien. Deshalb sei mehr Transparenz von Nöten.

Doch mit ihren Argumenten konnten Bhend und Masshardt nicht einmal die eigene Fraktion vollständig überzeugen. SP-Juso-Sprecher Henri Huber (Spiegel) sagte, die Fraktion sei gespalten. Alle anderen Parteien waren gegen die Motion. Da half es auch nichts, dass Bhend auf eine Umfrage des Online-Portals espace.ch verwies, in der sich 95 Prozent von 394 Befragten für eine solche «Grüsel»-Liste ausgesprochen hatten.

«Mittelalterliche Methode»

Kathy Hänni (Grüne, Kirchlindach) sagte, die Forderung erinnere sie an die mittelalterliche Methode des an den Pranger-Stellens. Mit den Lebensmittelkontrollen, die in der Schweiz durchgeführt werden, sei die Sicherheit gewährleistet. «Ich frage mich, ob in anderen Branchen auch derart viele Kontrollen durchgeführt werden.»

Das sah auch Eva Desarzens (FDP, Boll) so: Sie habe Vertrauen in die Lebensmittelkontrolle, die jetzt im Kanton Bern gar noch professioneller werde. Wenn ein Betrieb wirklich gesundheitsgefährdend sei, so werde er geschlossen. Desarzens befürchtete, dass der Schaden einer schwarzen Liste grösser wäre als der Nutzen. Zudem müsste eine solche Liste konsequenterweise auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel bei Bäckereien und Metzgereien erstellt werden.

SVP-Fraktionschef Heinz Siegenthaler (Rüti bei Büren) warf den Motionären vor, sie würden mit ihrem Vorstoss das Bild der Wirte in den Dreck ziehen und damit der ganzen Tourismusbranche schaden.

«Meist Bagatellen»

Klaus Künzli (FDP, Ittigen) sagte, er verurteile Widerhandlungen gegen die Lebensmittelhygiene klar. Er sei dafür, dass die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen konsequent angewendet werden; dazu gehöre die Schliessung von Betrieben. Der Präsident des Branchenverbands GastroSuisse wies aber darauf hin, dass weitaus die meisten Beanstandungen «Bagatellen» seien oder oft auch im administrativen Bereich gründeten.

Der Ansatz der Branche beruhe auf Prävention und Ausbildung, erklärte Künzli. Leider gelte dies nicht für Betriebe mit weniger als 30 Plätzen. Um einen solchen zu führen, ist kein Fähigkeitsausweis mehr nötig. «Wir fordern daher einen landesweit gültigen Hygiene-Kenntnis-Nachweis», sagte Künzli.

Zudem verwies er darauf, dass der kantonale Branchenverband GastroBern ein Hygiene-Zertifikat eingeführt habe. Damit ein Betrieb dieses erhalte, müsse er klar höhere Anforderungen erfüllen, als das Lebensmittelgesetz dies vom Durchschnittsbetrieb fordere. Die zertifizierten Betriebe sind auf der Homepage von GastroBern zu finden.

Auch Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud lehnte die Motion ab. Die Massnahme sei «weder erforderlich, noch geeignet», um den Gesundheitsschutz im Gastronomiebereich sicherzustellen. Eine risikolose Welt sei unmöglich, sagte Perrenoud, betonte aber gleichzeitig: «Die Bevölkerung ist nicht bedroht.» Zudem lehnte er die Forderung «auch aus gewichtigen datenschutzrechtlichen Gründen» ab.

Dominic Ramel